



Niederschrift

5. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 23.01.2020
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	Sitzungsleitung
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Herr Matthias Kaiser	CDU	
Frau Ulrike Kallenbach	anerkannte freie Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannte freierTräger	
Herr Tiemo Reimann	SPD	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	16:40 bis 18:35 Uhr
------------------------	-----------	---------------------

beratende Mitglieder

Frau Astrid Engeliën-Ressel	Kreiselternrat	bis 18:00 Uhr
Herr Steve Fahrendorf	Agentur für Arbeit	
Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung	bis 18:00 Uhr
Herr Steffen Müller	Stadtsporbund	
Frau Maria Pohle	Migrantenbeirat	
Herr Dr. Reiner Pokorny	Komm. Fachbereichsleiter	
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	
Frau Marie-Charlotte Senst	Kreisschülerrat	bis 18:00 Uhr
Herr Thomas Simonis	Polizeiinspektion Potsdam	
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	bis 18:25 Uhr

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel	Geschäftsbereich 2
-------------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk	SPD	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	entschuldigt
Frau Isabelle Vandré	DIE LINKE	entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Kamal Abdallah	Verein der Muslime	nicht entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Gesundheitsamt	entschuldigt
Herr Dirk Heidepriem	Staatliches Schulamt	nicht entschuldigt
Frau Leni Naimova	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Anna Rasu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt
Frau Veronika Sander	Amtsgericht Potsdam	entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt

Schriftführer:

Herr Dr. Reiner Pokorny, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.11.2019 und vom 12.12.2019 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes
2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Arbeitsschwerpunkte des Fachbereiches 23 für 2020
- 9 Themenplanung JHA 2020
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Eifler, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.11.2019 und vom 12.12.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eifler stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 12.12.2019 und vom 21.11.2019 erheben sich keine Einwände, den Niederschriften wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

zu 3.1 Skaterhalle/Funsporthalle

Herr Richter (KIS) berichtet über den bisher erreichten Stand zum Vorhaben Skaterhalle/ Funsporthalle. Infolge einer Prüfung zur planungsrechtlichen Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit wurde aus mehreren Varianten der Vorzugsstandort Lindenpark für den Bau einer Halle ermittelt. Der finanzielle Aufwand liegt nach jetzigem Kenntnisstand zwischen 600.000 € und 1.000.000 €.

Frau Müller fragt nach, wie es nun weitergeht? Frau Senst fragt nach, wann die Halle fertiggestellt ist?

Hinsichtlich der Verfügbarkeit finanzieller Mittel teilt Herr Richter mit, dass diese in der Haushaltsplanung 2020/2021 (LHP) und im Wirtschaftsplan (KIS) nicht berücksichtigt sind. Dies bedeutet, dass ein Beginn frühestens ab 2023 möglich ist. Die Planung und Umsetzung der Maßnahme dauert 1,5-2 Jahre.

Herr Otto schlägt vor, preiswertere Zeltlösungen zu nutzen. Diese wären nicht so teuer und könnten auch in der Innenstadt errichtet werden. Eine Zeltlösung wird von Herrn Richter in Bezug der Praktikabilität und Lebensdauer abgelehnt.

Frau Beck ist der Meinung, dass es sich mit diesem Vorhaben um ein höherschwelliges Angebot handelt, welches den Förderrichtlinien nicht entsprechen würde. Sie schlägt vor, nur eine Überdachung zu bauen, die nicht so teuer ist und somit weitere überdachte Plätze entstehen könnten. Frau Schultheis verweist darauf, dass das Vorhaben Skaterhalle/ Funsporthalle von Leichtbauhallen, Überdachungen und Zeltlösungen zu trennen ist, um das Vorhaben nicht zu gefährden. Frau Aubel ergänzt, dass Leichtbauhallen als auch Traglufthallen aus ökologischer und ökonomischer Sicht keine Alternativen darstellen.

Herr Reimann fragt nach, warum die Fläche des Standorts Freiland nicht genutzt werden kann? Frau Aubel verweist darauf, dass derzeit ein Prozess zur künftigen

Eigentümerstruktur des Geländes laufe. Dieses Ergebnis müsse man abwarten.

zu 3.2 Sanierungsplanung Kinder- und Jugendeinrichtungen

Herr Dr. Pokorny legt die derzeit mit dem KIS abgestimmte Planung als Tischvorlage vor. Dabei handelt es sich nicht um die finale Planung, sondern um den ersten Entwurf. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Maßnahmen erst im Jahr 2022 beginnen können. Ein früherer Beginn ist nicht möglich, weil der KIS derzeit keine personellen Ressourcen hat, um die einzelnen Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

Frau Schultheis stellt fest, dass es sich um einen sehr langen Planungszeitraum bis 2028 handelt und fragt nach, ob dies eine endgültige Planung ist. Herr Dr. Pokorny verweist darauf, dass mit jeder neuen Haushaltsaufstellung eine Überarbeitung der Planungen stattfindet.

Die Anfrage von Frau Frenkler, weshalb im Plan kein Jugendklub im Norden der Stadt dokumentiert ist, wird mit dem Hinweis beantwortet, dass im Norden ein Jugendklubbau durch den Entwicklungsträger vorgesehen ist.

zu 3.3 Überarbeitung Jugendförderrichtlinie

Herr Dr. Pokorny teilt mit, dass die Überarbeitung der Jugendförderrichtlinie ein Arbeitsschwerpunkt des Jugendamtes für das Jahres 2020 ist. Ein präziser Zeitplan wird durch das Jugendamt und die zuständige AG nach § 78 zeitnah erarbeitet.

zu 3.4 Finanzielle Mittel für Supervisionen der Träger

Die Träger können finanzielle Mittel für Supervisionen während der vorläufigen Haushaltsführung 2020 abgerufen.

zu 3.5 MBS-Muster einer Satzung für eine Kita-Elternbeitragsordnung

Der Entwurf einer Mustersatzung liegt dem Jugendamt seit der 2. KW vor. Das Jugendamt hat im Beteiligungsverfahren des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg eine Stellungnahme erarbeitet. Frau Aibel weist darauf hin, dass im vorliegenden Entwurf viele Fragen offengeblieben sind. Diese sind mit dem MBS zu klären, um ein rechtmäßiges Handeln des Jugendamtes zu sichern. Frau Frenkler ergänzt, dass uns der Entwurf gegenüber den bestehenden Regelungen nicht weiterbringt. Sachverhalte, die in den jetzigen Rechtsgrundlagen unklar sind, werden im Entwurf nicht geklärt. Zur weiteren Verfahrensweise äußert sich Frau Aibel:

1. Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg sammelt die Stellungnahmen der Jugendämter des Landes und erarbeitet eine gemeinsame Stellungnahme.
2. In der nächsten Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg wird dazu ein Beschluss gefasst und dieser dem MBS übergeben.
3. Das Jugendamt strebt an, über den Städte- und Gemeindeverbund kurzfristig eine Sitzung einzuberufen.

4. Es ist davon auszugehen, dass sich eine längere Phase der Diskussion anschließen wird. Die Konsequenz ist, dass die LHP frühestens Ende des 2. Quartals 2020 eine Satzung/Empfehlung durch die SVV verabschieden kann.
5. Unabhängig von der förmlichen Beteiligung wird das Jugendamt das Gespräch mit der AG 78 und dem Kitaelternbeirat suchen.

zu 3.6 Update Sachstand Organisationsuntersuchung im FB 23

Frau Aubel sagt dazu: Die Ausschreibungsfrist ist abgelaufen. Es liegen dem Jugendamt acht eingegangene Angebote vor. Derzeit erfolgt die Durchsicht und Bewertung der Angebote. Danach werden sich Bietergespräche anschließen, bevor eine Zuschlagserteilung erfolgt. Anfang 2. Quartal könnte die Durchführung der Organisationsuntersuchung beginnen.

zu 3.7 Update Ausschreibung Fachbereichsleiter Bildung, Jugend und Sport

Zwischen dem beauftragten Unternehmen und Frau Aubel wurden die Stellenbewerbungen abgestimmt. Eine erste Vorstellung der Kandidaten bei Frau Aubel ist für Mitte/Ende Februar geplant. Im Ergebnis sollte dann der Zuschlag für einen Bewerber erfolgen.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Der Unterausschuss beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung (14.01.2020) mit folgenden Sachverhalten:

- Eckwertebeschluss 2020/2021
- Vorbereitung der JHA-Klausur
- Realisierung von Supervisionsveranstaltungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung
- Alternative Vorstellungen zur Funsporthalle Lindenpark
- Thema „Beteiligung von Kindern an Politik und Demokratie“ – Vorschlag: Vorstellung im JHA durch Frau Buhr
- Vorschlag: einen Etat für Ausschussarbeit im Haushalt FB 23 zu planen

Frau Aubel fasst die Diskussion zum Thema Klausurtagung aus der Fortbildung „Lebendige Jugendhilfeausschüsse zusammen und schlägt vor, die inhaltliche Gestaltung der Klausurtagung zielführender auszurichten.

Aufbauend auf einer Analyse der letzten Klausurtagungen, auf die stattgefundenen Veranstaltung „lebendige Ausschüsse“ und eine stärkere Fokussierung auf Strukturen und Prozesse der Ausschussarbeit sowie auf inhaltliche Themen der Jugendhilfearbeit sollte die Klausurtagung neu konzipiert werden. Weiterhin sollte diese Veranstaltung durch einen externen Dritten moderiert werden.

Der Vorschlag von Frau Aubel wurde angenommen und der Unterausschuss mit der Vorbereitung und Terminfindung der Klausurtagung beauftragt. Die geplante Klausurtagung im Anschluss des JHA am 20.02.2020 findet nicht statt. Es soll ein neuer Termin Anfang März gefunden werden. Es wäre auch denkbar, für die Klausurtagung einen Sonnabend festzulegen.

Eine Berichterstattung aus den anderen Arbeitsgemeinschaften erfolgte nicht, weil die Sitzungen erst nach der JHA-Sitzung am 23.01.2020 erfolgen.

zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Kljunic hatte keine konkreten Sachverhalte, worüber er informieren könnte. Er nutzte aber die Möglichkeit, um etwas Grundsätzliches zur Arbeit des JHA zu sagen. Für die Mitglieder des Kreisschülerrates ist es schwer auf den Sitzungen angesprochene Themen zu verstehen bzw. einzuordnen. Dies liegt darin, dass bei der Darstellung und Erörterung von Themen Begrifflichkeiten verwendet werden, die die Mitglieder des Kreisschülerrates nicht kennen und somit nur teilweise den Diskussionen folgen können.

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Der KEB informierte darüber, dass er sich mit der Themenplanung für das Jahr 2020 beschäftigt hat und diese in einer der nächsten Sitzungen vorstellt möchte. Weiterhin verweist er darauf, dass es immer noch offene Themen gibt, die bereits seit Monaten seitens der Verwaltung in Arbeit sind. In diesem Zusammenhang wurden folgende Sachverhalte benannt.

- Impressum für den Internetauftritt KEB
- Städtisches Konto für KEB-Budget
- Fragekatalog Überprüfung Elternbeitragsordnung

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 7.1 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Im Laufe der Diskussion wurden folgende Sachverhalte von den Mitgliedern angesprochen:

- Begriffe der Jugendhilfe und Jugendförderung werden im Text des Eckwertebeschlusses nicht richtig angewendet bzw. zugeordnet. Im Eckwert sind keine konkreten Maßnahmen (z.B. Hilfearten) und deren Finanzierung abzulesen. Die Darstellungsstruktur ist zu grob und damit wird der Eckwert für den Leser intransparent (Herr Ströber, Herr Kljunic Herr Otto).

Frau Aubel und Herr Wollenberg erläutern unter Berücksichtigung der genannten Sachverhalte nochmals das Planungsverfahren „Eckwertebeschluss“. Mit dem Eckwert wird ein finanzieller Rahmenplan heruntergebrochen auf Geschäftsbereiche/Fachbereiche für den kommenden Haushalt 2020/2021 beschlossen. Nach dem Beschluss erfolgt die Feinplanung der Fachbereiche, in der die Aufgaben, Projekte und Maßnahmen inhaltlich und finanziell konkret dargestellt werden. Dazu nutzen die Fachbereiche u.a. das Instrument der Ziel- und Planungskonferenzen. Am Ende entsteht ein konkreter Jahresplan der Fachbereiche, der den Fachausschüssen vorgelegt wird. Zeitlich betrachtet hat sich der Prozess der Haushaltsaufstellung nach hinten verschoben, weil der Eckwertebeschluss im Dezember 2019 nicht zu Stande gekommen ist. Die Folge davon ist, dass mit Jahresbeginn kein konkreter Plan für die Ausschussarbeit vorliegt.

Die vorliegenden Änderungs- und Ergänzungsanträge werden vom JHA zur Kenntnis genommen, da die Anträge im RIS infolge der Cyberattacke nicht zur Verfügung standen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die aus den Allgemeinen Finanzierungsmitteln als Finanzrahmen abgeleiteten Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 sowie für die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024 (siehe Anlage, Tabelle 2). Leitgedanke bei der Ableitung ist die Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Potsdam.
2. Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:
 - Die Landeshauptstadt Potsdam als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister
 - Umweltgerechte Mobilität
 - Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung
 - Moderne Bildungsinfrastruktur
 - Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam
3. Unter Einhaltung dieser finanziellen und strategischen Vorgaben wird dem Investitionshaushalt 2020/2021 und der mittelfristigen Investitionsplanung bis 2024 jeweils jährlich ein Eigenmittelanteil von rd. 40 Mio. EUR (kumuliert: 200 Mio. EUR) zur Verfügung gestellt.
4. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichs-Budgets vorgenommen werden.
5. Zur Absicherung und Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten adäquat auszuschöpfen.
6. Etwaige Veränderungen bei nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
7. Die Anstrengungen zur freiwilligen Haushaltskonsolidierung (siehe Beschluss der StVV vom 07.03.2018 DS 17/SVV/0953) werden mit dem Schwerpunkt Aufgabenkritik fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 8.1 Arbeitsschwerpunkte des Fachbereiches 23 für 2020

Herr Dr. Pokorny geht grob auf die Arbeitsschwerpunkte des Fachbereiches 23 ein und schlägt folgende Verfahrensweise vor:

Auf der Grundlage der Schwerpunktaufgaben des FB 23 und der bestehenden Aufgabenschwerpunkte des JHA wird ein Arbeitsplan zu inhaltlichen Sachverhalten der Jugendhilfeausschussarbeit für das Jahr 2020 zusammengestellt. Diese Zusammenstellung erfolgt durch den Unterausschuss und wird dem JHA zur Beschlussfassung vorgelegt.

zu 9 Themenplanung JHA 2020

Mit der Festlegung unter Punkt 8.1 erübrigt sich dieser Tagesordnungspunkt.

zu 10 Sonstiges

Birgit Eifler
Stellv. Ausschussvorsitzende

Dr. Reiner Pokorny
Schriftführer